# Unsere Streikparole:

# Mit der Arbeiterklasse verbünden!

## Urabstimmung: 91% für Streik!

Urnen.

Für den Streik stimmten Die Studenten des Klini-Stimmberechtigten.

Von den 9730 abstim- Dagegen votierten 515 mungsberechtigten Stu- Kommilitonen, 9 gaben denten der RUB gingen einen leeren Stimmzettel 6218 = 63,90 % zu den ab, 5 Stimmzettel waren ungültig.

davon 91,7% (= 5689), kums Essen beschlossen d. h. 58,46 % aller am Dienstag in einer VV, in den Streik zu treten.



Nr. 56

29. Januar 1970

10 Pf

## Streiks in Abteilungen

"Der Klassenstaat und seine Ju-stiz" lautet der Titel eines Teach-in, zu dem die Rote Zelle Rechtswissenschaft und der Streikrat der Abt. Jura heute um 14 Uhr in IB/B1 einladen. Anwesend sein wird Abt. IX: Rechtsreferendar Rolf Pohle, München, der wegen seiner Teilnahme an der Karfreitagsblockade der Springer-Druckereien 1968 zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde. Arbeitsgruppenthemen:

Presse - Information - Offentlichkeitsarbeit,

2. Aufgaben der Hochschule - Berufsvorbereitung,

Studium und Prüfung,

Außeruniversitäre Forschung, Ordnungsrecht und staatliche

Abt. VII:

diskutieren.

Auf der 3. o. Vollversammlung der Wirtschaftswissenschaftler am 22. 1. wurden von den Studenten zwei Resolutionen einstimmig verabschiedet.

"1. Die Fachschaft Wiwi fordert das UP auf, das HSG der Landes-regierung NRW eindeutig abzulehnen und seine Arbeit auf der Basis Universitätsverfassung vom

25. 6. 1969 weiterzuführen. 2. Die FVV fordert alle Professoren auf, sich dem aktiven Streik der Studenten anzuschließen, auf eine Durchführung ihrer Veranstaltungen zu verzichten und in der Streikwoche mit den Studenten über Studien- und Prüfungsordnungen zu

Noch am 2. Tag der Urabstimmung hatte der reaktionäre Ordinarius Watrin seinen Hörern vorgerechnet, daß der Streik nur dann legal sei, wenn absolut mehr als 50 Prozent aller Studierenden dafür votierten. Ob er sich nun geschlagen gibt?



Marxistischer Lehrstuhl IB 3/78
 Studienreform — Abschaffung der Zwischenprüfung IB 2/78
 HSG IB 3/48

Jeweils ab 10.00 Uhr.

aus Hannover nach Bochum berufene Ordinarius Lehmann brachte von dort die Idee mit, für die Abteilung Maschinenbau eine eigene Kartei anlegen zu lassen. Jede Karte, angeblich nur zum Eintragen von Übungsarbeitsergebnis-sen da, enthält außer Rubriken des Namens, der Fachrichtung etc. sowie für Prüfungsdaten ein Paßbild sowie die Rubrik "Bemerkungen". Lehmann rechtfertigte das in seinem Mechanikeinführungskursus für Erstsemester damit, daß er den Assistenten ermöglichen wolle, ihre Studenten "besser kennenzulernen". Da eine solche Kartei jedoch ein immerhin einmaliges Machtmittel in den Händen der Ordinarien darstellt, sollten die Streikenden deren Vernichtung ins Auge fassen.

Arbeitsgruppenthemen:

1. Studiensituation in Abt. IX, HSG.

Numerus clausus und Zwischen-

4. Technologie, Hochschule und Gesellschaft.

Fortsetzung Seite 4

Welches Ziel kann unser Streik haben? Können wir die Verabschiedung des Hochschulgesetzes verhindern? Nein!

Die gezielte Falschmeldung, von Kühn selbst in die Welt ge-setzt und von allen Zeitungen eifrig übernommen, daß die meisten Hochschulen in NRW für das HSG seien und der Streik nur darum stattfände, weil es noch nicht effektiv genug sei (WAZ vom 27. 1.), zeigt, daß es den Geschäftsträgern des Kapitals in der Kühn-Weyer-Regierung blutig ernst ist mit der Durchsetzung.

Im März, wenn wir brav in die Semesterferien gefahren sind, will der Düsseldorfer Landtag das Gesetz unter Dach und Fach bringen. Warum wohl gerade dann?!

Zu Beginn des Sommersemesters steht der Kühn'sche Fleischwolf bereit. Ihn bekämpfen können wir aber nicht allein innerhalb der Universität. Zum einen sind die Studenten keine proletarische Klasse, sondern Aufsteiger ins Magnetfeld der Bourgeoisie. Zum anderen läßt sich der Kapitalismus — über den Charakter des HSG ist schon genug gesagt worden sowieso nicht vereinzelt, in Teilbereichen der Gesellschaft, beseitigen.

Mit der Forderung nach "Ver-essungen", "Freiräumen", fassungen", "Selbstbestimmung des Studiums", "naturwüchsiger, antibürokratischer Hochschulrevol-te", mit dem Gejammer über "tendenzielle Entqualifizierung" allein ist der Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Ableger, das HSG, jedenfalls nicht erfolgreich zu führen, schon gar nicht kurzfristig.

Am 4. Februar findet eine zentrale Demonstration aller Hochschulen und PHs in NRW gegen das HSG in Düsseldorf statt.

Da von ihrer Klassenlage her (Kleinbourgeoisie) ein guter Teil der Studenten nicht prädestiniert ist, aktiven Klassen-kampf zu führen — der bishe-rige Verlauf der Streikaktionen zeigte es erneut -, ist eine der vielen Voraussetzungen für Erfolge im Kampf gegen das Kapital im allgemeinen und das willfährige Spezialisten für die Kapitalisten erzeugende HSG im besonderen die Einsicht, daß die Klassenkämpfe nicht nur stattfinden (das leugnet selbst der reaktionärste Student nicht mehr), sondern in den letzten Jahren enorm zugenommen haben. Wilde Streiks wären noch vor zwei Jahren für unmöglich gehalten worden, heute rechnet das Kapital bereits damit.

Die Einsicht also, daß die Bastionen des Kapitalismus wachsenden Angriffen ausgesetzt sind und er deshalb versucht, mit immer schwereren Geschützen (Konzertierte Aktion, Notstandsgesetze und natürlich auch das HSG) diese Angriffe abzu-wehren oder möglichen "vorzubeugen".

Eine weitere Voraussetzung für eine langfristige wirksame Bekämpfung des Kapitalismus ist die Einsicht, daß es eine objektiv revolutionäre Klasse gibt, die Arbeiterklasse mit ihren verschiedenen Berufsgruppen, vor allem dem Industrieproletariat, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit schließlich mit dem Sieg über die Kapita-listen entscheiden wird. Der Arbeiterklasse diese Rolle begreiflich zu machen, ist unsere Aufgabe.

Eine dritte Voraussetzung ist die wachsende Erkenntnis, daß die intellektuellen Berufe mehr und mehr in die Nähe reiner Lohnabhängigkeit geraten und daß die Interessen derer, die diese Berufe ergreifen - besser: von diesen Berufen ergriffen werden —, sich mehr als früher den Interessen der Arbei-terklasse gegen die Ausbeutung annähern. Ferner ist entscheidend, daß die Aufstiegschancen Behauptungschancen der Akademiker sich im gegenwärtigen Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus immer häufiger als Träume mit bösem Erwachen erweisen.

Entscheidend für vereinzelte Erfolge dieses Streiks bleibt die Frage, ob die Studenten erken-nen, daß ein Bündnis ihrer Interessen mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung nicht nur möglich, sondern nötig ist,

will man dem Kapital und z. B. seinem HSG auf lange Sicht wi-

Notwendig ist, daß die Studenten Gruppen bilden, die nicht nur bereit sind, eine anti-kapitalistische Widerstandsbewegung gegen das HSG an der Uni ins Leben zu rufen, und ontfalls auch im Sinne dieses Gesetzes illegal tätig zu werden, entscheidend ist, daß diese Gruppen, die u. a. das Vakuum nach dem Absterben der meisten belitieten. Hochseln germannen politischen Hochschulgruppen ausfüllen könnten, mehr als bisher Kontakte zu den arbeitenden Massen aufnehmen — durch Gespräche, Vorträge, Unterstützungen im sozialen Bereich etc.

So haben z. B. Juristen dieser Uni, die vorher nur "kritische Juristerei" gemacht haben, nach den Septemberstreiks eine Arbeitsgruppe gegründet, um Arbeitern, die mit dem "Arbeitsfrieden" der Kapitalisten in Konflikt geraten, Rechts-Unterstützung zukommen zu lassen.

Entscheidend ist, daß Klassenanalysen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus erstellt und in verständlicher Form an die Arbeiter und Angestellten usw. vermittelt werden, eine freilich nicht neue Forderung.

Ziel der Arbeit solcher Gruppen jedenfalls muß es sein, die Beschränkung auf die Universität zu überwinden und die Fach-bereichsisolierung aufzugeben. Sie müssen das Ziel haben, spezifisch politische Organisationen zu werden, z. B Stadtteilprojektgruppen, die Gruppen- und Massenschulung betreiben und als Studenten- und Arbeitergruppen schließlich Bestandteil der marxistisch-leninistischen Partei (KPD/ML) werden könnten.

Brächte der augenblickliche Streik Initiativen in dieser Richtung — er hätte sich schon gelohnt. Das HSG schnell, wir müssen es langfristig bekämpfen.



## Rektor Faillard, treten Sie zurück!

28. 1. 70 um 14.00 Uhr, bei der mehr als 1000 Studenten anwesend waren, wurde der Rektor der Ruhr-Universität, eingeladen vom Vor-stand der Studentenschaft, aufgefordert zu rechtfertigen, warum das Rektorat sich nicht an einen Beschluß des UP gehalten habe, beschluß des UP gehalten habe, eine Stellungnahme des UP's zu unterstützen, in der der Streik der Studentenschaft begrüßt wird. Weiterhin wurde der Rektor aufgefordert zu begründen, warum das Rektorat nicht alle Einzelmaßnahmen versucht hat, den Streik zu sabotieren. Aufgrund der zwei 

unverzüglich folgende Presseerklärung weiterzugeben: "Das Rektorat bedauert, in seiner Presseerklärung vom 26. Januar sich gegen den

Bei der Vollversammlung am Streik der Studentenschaft ausge- 📕 daß die Studenten ihre Inter sprochen zu haben. Das Rektorat widerruft hiermit diese Erklärung. In Übereinstimmung mit dem Be-schluß des UP vom 23. 1. 70 be-grüßt das Rektorat den Streik der Studentenschaft. Es fordert die Abteilungen auf, den Streik zu unter-stützen. In der Anlage wird der o. g. Beschluß des UP der Presse übergeben"."

Nachdem der Rektor es abgelehnt Nachdem der Rekubr es abgelennt hatte, diese Erklärung der Presse weiterzugeben, faßte die Vollversammlung folgenden Beschluß:
"Die Vollversammlung begrüßt die Klärung, die durch die verschiedenen Stellungnahmen des

Rektor wertlos sind: daß der Rektor die Maßnahmen der Studentenschaft bewußt sa-

essen selbst vertreten müssen: das Rektorat ist keine Instanz die die Interessen der Studen-ten und de<sub>r</sub> Gesamtuniversität

Wir stellen dem Rektor frei, wei-terhin die Interessen der Kultus-bürokratie, die Interessen des reaktionären Teils seiner Kollegen un seine Privatinteressen zu vertr Als Rektor der Ruhr-Universität Bochum sollte er zurücktreten." Weiterhin empfahl die Vollver sammlung allen Studenten, die Sc natssitzung am Donnerstag, der 29.1, 70, durch das Erscheinen a ler Studenten öffentlich zu mache Kommilitonen! Der Rektor erklärt die Senatssitzung heute sei eir Streikveranstaltung. Streikverar staltungen sind öffentlich! Heu 15.00 Uhr in IB 02/72 (Senatssit

## Schulstreik in

Die permanente Bemühung der Studenten, eine revolutionäre Basis nicht nur in der Hochschule zu schaffen, zeitigt Erfolge. Zumindest der Universitätsnachwuchs hat sich langsam auf seine Aufgabe besonnen. Die Schüler nämlich beginnen, sich zu organisieren. Es begann, wie auch bei der studentischen Linken, mit antiautoritären Aktionen, die sich gegen Direktoren oder stimmte Lehrer richteten. Eine der großen Schwächen dieser Aktionen war bisher, daß den Schülern die theoretische: Grundlage für ihre Proteste fehlte. Dazu kam meistens noch eine vollständige Abhängigkeit von den Studenten in reinen Organisationsfragen, da die Schüler selbst weder über Erfahrungen von früheren Aktionen, noch über die Kunst, mit wenig Geld effektiv zu eine gewaltige Aktion für eine arbeiten, verfügten.

Die Schüler waren kaum mit der Bewältigung der rein technischen Probleme so weit fortgeschritten, daß Aktionen sinnvoll durchgeführt werden konnten, als sie die Erfahrung machen mußten, daß man seitens der Lehrerschaft und der Schulbürokratie mit härtesten Bandagen konterte. Entweder man unterdrückte berechtigte Proteste der Schülerschaft mit schwersten Schulstrafen (Verweis, consilium abeundi etc.) oder man köderte mit scheinbaren Reformen. So ergab das Beispiel Gelsenkirchen-Schalke, das vor kurzem den KuMi einem zweiten Herzanfall nahebrachte, eine Lösung, die die gesamte Aktion ins Lächerliche zog.

Die Schüler in Gelsenkirchen hatten es geschäfft, aus einem anfänglich antiautoritären Protest

Fortsetzung Seite 2

## Studentenschaft -international

## Spanien

Zu schweren Zusammenstößen zwischen starken Polizeieinheiten und etwa 500 Studenten kam es am Dienstag letzter Woche in der Universitätsstadt von Ma-

Die Studenten hatten versucht, im Anschluß an eine Trauerfeier für einen von der Staatsgewalt ermordeten Kommilitonen einen Demonstrationszug zu formieren, waren aber in unmittelbarer Nähe der Universitätskapelle von der Franco-Miliz angegriffen und auseinandergetrieben worden.

Daraufhin formierten sich die Studenten erneut, nun aber in kleinen Gruppen, die mit Anti-Franco-Sprechchören und antifaschistische Kampflieder singend durch die umliegenden Straßen zogen. Die Franco-Schergen versuchten im Laufe des Tages auch diese, heftig Widerstand leistenden, Gruppen aufzulösen, was aber nur zum Teil gelang.

Zahlreiche Studenten wurden festgenommen.

#### Italien

Die norditalienische Industrie-Metropole Mailand war am Mitt-woch letzter Woche Schauplatz erbitterter Auseinandersetzungen zwischen mehr als 2000 Studeuten und einer rund tausend-

köpfigen Polizeistreitmacht.
Die Polizei hatte versucht,
einen nicht genehmigten Demonstrationszug aufzulösen, der sich gegen die Unterdrückung der italienischen Gesellschaft durch das Großkapital und den ihm gefügigen Staat wandte. Dabei weiteten sich die anfänglichen Handgemenge zu einer mehr als dreistündigen Straßenschlacht aus, in deren Verlauf nach amtlichen Angaben vom Donnerstag morgen - 22 Polizisten und 10 Demonstranten z. T. schwer verletzt wurden.

### Indonesien

(US-finanzierte Militärdiktatur; das südostasiatische Hellas des General Suharto machte sich in den letzten Jahren durch blutige Pogrome gegen die KP sowie chinesische und Papua-Minderheiten einen kreditwürdigen Namen; im Oktober letzten Jahres beschließen 8 Gläubigerstaaten des Westblocks die Kapitalhilfe für Indonesien auf 500 Mill. US-Dollar heraufzusetzen (1968: 350 Mill.); "Amnesty International" weiß von 80 000 politischen Gefangenen.)

Trotzdem scheint es immer noch linke Querulanten zu geben, die nicht in Ruhe und Ordnung studieren bzw. gewissenihrer Arbeit nachgehen erlassene Benzinpreiserhöhung Asien die einzig nennenswerten petto zu haben, wenns gilt, un-Erdölvorkommen; an 10. Stelle | bequeme Leute zu füsilieren.)

der Weltförderung; wichtigste Handelspartner: USA, Japan, GB, BRD) sowie gegen die korrupte Bürokratie des Militärregimes. (Laut AP handelt es sich um "angebliche" Korruption.) Über die Gegenmaßnahmen der Militärs verriet die westliche Presse nichts.

### Pakistan

(SEATO-Mitglied; seit Anfang März 69 Militärdiktatur des Generals Agha Mohammed Jahja, der am 26. 3. 69 die Verfassung aufhebt und das Kriegsrecht verhängt, das auch z. Z. noch Ruhe und Ordnung sichern soll; im Mai honoriert die BRD, Pakistans drittgrößter Handelspartner, diese Rettung der De-mokratie mit einer Wirtschafts-hilfe von 140 Mill. DM; für 1970 sind 54 Prozent des Etats für die ,Verteidigung" vorgesehen.)

In Dakka, der Hauptstadt Ost-

Pakistans, kam es in der vergan-genen Woche zu heftigen blutigen Auseinandersetzungen zwischen Parteigängern der rechtsradikalen orthodox-islamischen Partei, die von Ordnungshütern und Armee unterstützt wurden, und einer nicht bekanntgegebenen Anzahl Demonstranten. Anlaß war der von Polizei und Armee geschützte Parteitag der orthodox-islamischen Partei, die sich die Errichtung einer Art Theokratie zum Ziel gesetzt hat und betont kommunisten-feindlich auftritt. Die Abschlußkundgebung am Sonntagabend vergangener Woche mündete mit Billigung bzw. tatkräftiger Hilfe der Ordnungstruppen in Angriffe gegen die Demonstranten, die hauptsächlich aus Anhängern der Linkssozialisten (Awwami-Liga), der KP und einigen Studentenorganisationen bestanden. Die Straßenschlacht in der Nacht zum Montag forderte ein Todesopfer und fast 500 z. T. schwer Verletzte.

Die Demonstranten riefen am Montag zu einem sechsstündigen Generalstreik gegen den Vandalismus der Orthodoxen auf.

### Japan

Daß die japanischen Herr-schenden nicht nur die Methoden westdeutscher Kapitalisten. sondern auch progressive Ideen der westdeutschen Exekutive erfolgreich zu imitieren in der Lage sind, bewiesen sie Ende der vorletzten Woche recht eindrucksvoll.

So wie es die SPD-Strafrecht-Strategen gern von deutscher Polizei gesehen hätten, so nahm die Polizei in der Tokioter Chuo-Universität 21 Studenten in "Vorbeugehaft". Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß durch diese Verhaftungen (21!) Auseinandersetzungen zwiwollen; denn: Am vergangenen Donnerstag (22. 1.) zogen etwa 10 000 Arbeiter und Studenten schen radikalen Studentengrupdurch die indonesische Haupt- pen vorgebeugt sei. (Ubrigens stadt Djakarta und demonstrier- scheint die japanische Klassenten gegen eine vor zwei Wochen justiz auch ein für ihre Zwecke brauchbares Rädelsführergesetz - (Indonesien besitzt in SO- aus dem letzten Jahrhundert in

## Schulstreik in NRW

Fortsetzung von Seite 1 demokratische Schule zu entwik-keln. Ein ursprünglich für einen Tag angesetzter Streik gegen den Gelsenkirchen katastrophalen Lehrermangel konnte zu einer Front gegen Bürokratismus, ein-Unterrichtung und autoritären Zwang von oben ausgebaut werden. Die Lage spitzte sich von Tag zu Tag zu, der Streik wurde von Tag zu Tag verlängert. Zu einer Lösung kam es, als sich das Kultusministerium einschaltete. "Die SMV bekam eine neue Struktur nach den Vorstellungen der Schüler mit großen Mitspracherechten", konnte man in der Presse lesen, seitdem ist es um den mißlichen Vorfall still geworden. Von Schülern des Gymnasiums hört man nun, was geblieben ist von der "großen Reform". Es wurde ein Rat mit einer Quasi-Drittel-Parität ein-

gerichtet, dem aber mit erstaun-

licher Raffinesse Kompetenzen vor-

enthalten werden. Initiatoren der

Aktionen werden mit den verschie-

densten Mitteln von Lehrern trak-

tiert. Der scheinbare Erfolg hat sich

also als luftleerer Raum erwiesen.

Doch einen Erfolg hatte die gesamte Aktivität der Gelsenkirchener: Der SMV-Landesverband Westfalen scheint wachgerüttelt. Der Vorstand beginnt, sich mehr und mehr dem Einfluß der Behörden zu entziehen und versucht, Solidarität unter den Schulen auf Landesebene herzustellen. So wurde für Mittwoch, den 28. 1. 70 ein Generalstreik an allen Schulen Westfalens beschlossen, ein Streik, der allerdings immer noch an technischer Unerfahrenheit krankt.

dieser Aktion die Zielsetzung. Man ist davon abgekommen, seine Kraft in Einzelaktionen zu verbrauchen, vielmehr bemüht man sich um Einheit und Gemeinsamkeit der Aktivität. Auch protestiert man nicht mehr gegen einzelne Mißstände, sondern kämpft für eine bildungspolitische Gesamtkonzeption, die man vom Kultusminister erzwingen will. Der Anfang ist vielversprechend. Man hat endlich die Zusammenhänge im Bildungswesen erkannt und die Position der Schule im kapitalistischen System, speziell Interessen der Wirtschaft,

So ist es auch zu erklären, daß der Streik an der RUB zahlreiche Streiks an Schulen ausgelöst hat. Auch die Schüler richten sich gegen Numerus clausus, der sie unmittelbar berührt und gegen das Hoch-schulgesetz speziell, das ihnen ein Studium entweder versperrt, oder zu einer geplanten Elitenbildung verhelfen will.

Natürlich dürfen über die überschulischen Probleme nicht die Mißstände an den Schulen selbst vergessen werden, wie: Katastrophaler Lehrermangel, Katastrophaler Raummangel, Systemfreundliche Erziehung mit

autoritären Mitteln, Leistungszwang und

Elitenbildung durch Prüfungsaus-lesen und faktisches Arbeitsprinzip. Doch sollte es der SMV gelingen, den angestrebten Weg auf Landesebene fortzusetzen, ist die Möglichkeit gegeben, daß die Schüler selbst sich eine demokratische Schule schaffen, in der politische Menschen gebildet und nicht fachidiotische Aber besonders interessant ist bei Männchen herangezogen werden.

Machwerk professoraler Höflinge Ein reaktionäres Hochschulgesetz

entsteht. Ausnahmsweise haben

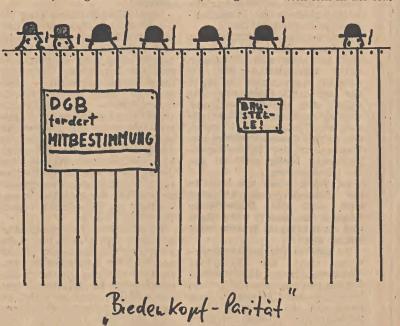
nicht nur revolutionäre Studenten

etwas dagegen, sondern auch große

Teile der Ordinarienclique. Fieberhaft überlegen deshalb vom Monopolkapital bezahlte Ordinarien, wie man der im kapitalistischen Interesse arbeitenden Kultusbürokratie entgegenkommen kann. Nichts Gescheites will ihnen

len Orten (bei Hoesch, bei Mannes-mann, auf "Minister Stein", bei den Howaldtwerken, bei Klöckner und sonstwo mehr) einen ganz klaren Mißtrauensbescheid gegeben. Dieser machtvolle Beweis wiedererwachender Klassenkämpfe hat die "Ruhe" der Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten und ihre "Ordnung" der "Konzertierten Aktion" empfindlich gestört.

Verschiedene Fraktionen einfallen, vergeblich sucht man Bourgeoisie hatten sich in der Auf-



der Ruhe und Ordnung herstellen

Da steigt Kurt Biedenkopf wie ein Phoenix aus der Asche und präsentiert seinen Entwurf einer Verfassung für die Ruhr-Universität. Da auch reformistische SHB-Funktionäre darauf hereinfallen, herrscht bald tatsächlich wieder "Ruhe und Ordnung"

Letzte Woche gefiel sich Biedenkopf wieder in den von der Großbourgeoisie geklauten Federn eines Phoenix: Er präsentierte der westdeutschen Arbeiterklasse seinen Bericht der Mitbestimmungskommission, um bei den deutschen Arbeitern "das Gefühl(!) des Ausgeliefertseins an eine von ihm nicht beeinflußbare Leitungs- und Organisationsgewalt zu nehmen und es durch ein Gefühl (!) der Mitwir-kung und Mitbestimmung abzu-

Was war geschehen?

Angewidert von der rücksichtslosen Profitmacherei der westdeutschen Konzernbosse, hat die Arbeiterklasse während der Septemberstreiks den Kapitalisten gezeigt was eine Harke ist. Angeekelt von den kapitalistenhörigen Gewerkschaftsbonzen hat sie ihnen an vie- sichern."

nach dem "Kompromiß", der wie- wertungsfrage zerstritten, die Gewerkschaftsbürokratie und ihr dazugehöriger SPD-Klüngel waren von den Aktivitäten an der Basis verschreckt, Die Verkaufsabschlüsse auf dem Großmarkt der "Konzertierten Aktion", auf dem die Gewerkschaftsbürokratie, assistiert von den DKP-Revisionisten, mit den Kapitalisten um den Preis der "Mitbestimmung" feilschte, gerieten ins Stocken. Die Arbeiterklasse war ohnehin weder an dem Preis noch an der Ware "Mitbestimmung" interessiert. Dazu kannte sie die Verläßlichkeit ihrer "Vertreter" nur allzu gut.

Und nun kommt der clevere CDU-Manager Biedenkopf und spricht romantisch von einem ganz neuen "Gefühl" für die Arbeiter-

Weniger romantisch sind allerdings die Absichten. Sie sind durchdrungen vom großen "Weltgeist" der Bourgeoisie, wenn sie sich auch hinter den trügerischen Termini der "sozialen" Marktwirtschaft verstecken. Sie sind die in Watte verpackte Variante des Klassenkampfs von oben:

"Die institutionelle Mitbestimmung ist dazu geeignet, die Marktwirtschaft auch politisch zu So wie Biedenkopf uns schon gezeigt hat, was wir von "unseren" ach so "revolutionären" SHB-Funktionären zu halten haben, so zeigt er der Arbeiterklasse objektiv, in aller Deutlichkeit, was von den Mitbestimmungspropheten der Gewerkschaftsbürokratie und der revisionistischen DKP zu halten

Biedenkopfs Mitbestimmungsentwurf:

"Auf Grund der Anhörungen ist die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, daß sich die Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern in den .. Aufsichtsrat bewährt hat... Die Aussagen dieser Personengruppen (Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratvorsitzende) haben ergeben, daß die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat zwar zu einer stärkeren Betonung der sozialen Aspekte und Notwendigkeiten unternehmerischer Tätigkeit geführt, die Gültigkeit des Rentabilitätsprinzips als Leitmaxime unternehmerischer Initiativen und Planungen jedoch in keinem Fall in Frage gestellt hat."

Wie richtig schätzt doch Biedenkopf Sozialdemokraten und Revisionisten für das Kapital ein!

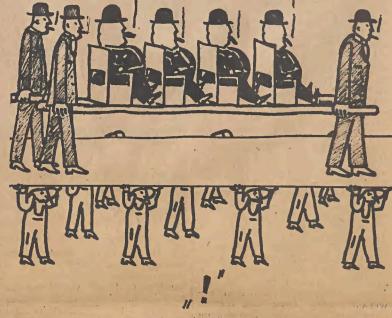
In der Tat: Niemand ist wie das Proletariat an der "Rentabilität" der Wirtschaft, an der Steigerung der Produktion interessiert, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Die "Gerechtigkeit" sozialdemokratischen Lakaien des befristeten Streik treten müssen..

wirklich ungeheuer ungerecht, wenn die Flick, Abs, Siemens die Rentabilität ihrer Konzerne zugunsten der Arbeiterklasse geschmälert würde! Deshalb kann Biedenkopf auch genüßlich berichten:

"Auch die Vertreter der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten der Unternehmen zeigten sich im Rahmen der Anhörungen an einer günstigen Ertragsentwicklung der Unternehmen interessiert."

Die Arbeiterklasse hat eine sehr einfache aber sehr wirksame Methode gefunden, um dem Schacher um die Mitbestimmung zwischen Gewerkschaftsbürokratie ihrem revisionistischen Anhängsel DKP einerseits und den Kapitalisten und ihrem "ehrlichen" Makler Biedenkopf andererseits eine Absage zu erteilen. Sie geht so wie Diogenes während seines Streites mit Zeno vor. Zeno "bewies", daß es keine Bewegung gibt. Diogenes widerlegte diese Behauptung indem er aus dem Zimmer ging. Biedenkopf "bewies" in seinem Bericht, daß es über die Mitbestimmung möglich ist, die Marktwirtschaft "politisch zu sichern". Die Arbeiterklasse wird weitere September

Biedenkopf "bewies", daß es möglich ist, "Ruhe und Ordnung" herzustellen. Die Studenten werden im nächsten Semester in einen un-



Kapitals und der Biedenköpfe und Das lehren uns die September-Kapitalisten, die sie beim Wort nehmen, sieht aber so aus, daß keine "Schicht" der Gesellschaft vergessen wird, daß die "allgemeine" Lebenshaltung, darunter natürlich auch die der Kapitalisten(!), gebessert wird. Die letzteren bedür-

streiks.

Die Mitbestimmungskommission hat im IC-Flachbereich der RUB mehrere Räume für ihr schmutziges Handwerk zur Verfügung gestellt bekommen. Ein Besuch dieser Räumlichkeiten durch Streikende würde sich gewiß lohnen.

tei, wird seit Anfang Dezember von heftigen Klassenkämpfen geschüttelt, die sich in spontanen Arbeitsniederlegungen äußern.

Einem Bericht in der liberalen Tageszeitung "Dagens Nyheter" vom 22. 1. zufolge befinden sich 7300 Arbeiter in folgenden Städten

Kiruna: 4800 Grubenarbeiter der staatlichen Eisenerzgruben Luosa Avaara-Kirunavaara Aktie Bolaget (LKAB) setzen ihren seit Dezember andauernden Streik fort. Neue Verhandlungen der Arbeiter mit der LKAB sind in Sicht.

Trollhättan: 2000 Arbeiter bei SAAB legten ihre Arbeit nieder. Väersborg: 100 Frauen des Telegrafenamtes befinden sich im Sitzstreik für bessere Arbeitsbedingungen. Verhandlungen sind im

Mariestad: 200 Angestellte der Elektrolux streiken "wild". Västeras: 100 Leute der Asea legten ihre Arbeit nieder. Verhandlun-

gen sind eingeleitet. Es handelt sich dabei zumeist um stahlverarbeitende Betriebe.

Bestreikt wurden ebenfalls die Volvo-Skörde (400 Mann Sitzstreik) das Werk bietet 12 Prozent Lohnerhöhungen, die Arbeiter fordern 25 Prozent. "12 procent är för litet, - annars strejkar vi". (Titelüberschrift von Dagens Nyheter,

Den Arbeitgebern wurde eine Frist bis zum 1. Februar gesetzt, andernfalls treten die Arbeiter in den Totalstreik.

Weitere Streiks bei der Tuba AB (Textilien) in Eneryda, bei Goodyear Nefa (US-amerikanische Autoreifenfabrik) in Norrköping.

Bemerkenswert ist die starke Beteiligung von ausländischen (besonders finnischen) Arbeitern, was von Dagens Nyheter auf die konkreten Erfahrungen dieser Arbeiter Streiks zurückgeführt wird, die ja in Finnland an der Tagesordnung

Forderungen der Arbeiter sind in der Regel neben Lohnerhöhun-

dingungen müssen sorgfältiger überprüft werden. So ist ein bestimmter Prozentsatz Kohlenoxyd in der Grube gesundheitsschädlich Eine weitere Kritik der Arbeiter richtet sich gegen die Praktiken der staatlichen LKAB, Führungsposten mit Personen zu besetzen, die mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertraut sind.

Mißtrauen der Arbeiter besteht vor allem gegen die Gewerkschaftsbürokratie, deren Politik bisher darin bestand, "den Arbeiter nur mit dem Magen und nicht mit dem Kopf denken zu lassen". Die Arbeiter befürchten, daß zwischen den Arbeitgebern und der zentralen Gewerkschaft hinter verschlossenen Türen ein fauler Kompromiß ausgemauschelt wird.

Der Gewerkschaftsboß Arne Gejer und Industrieminister Krister Wickmann, dem formal die LKAB untersteht, haben sich bisher im bestreikten Gelände noch nicht sehen lassen.

Statt dessen berichtet Dagens Nyheter, daß Arne Gejer sich mit dem SAF-Chef (schwedischer Arbeitgeberverband) getroffen hat, um über die Beilegung des Streiks zu verhandeln. Einzelheiten werden bis zur Erreichung eines gemeinsamen Standpunktes nicht bekanntgegeben.

Die Gewerkschaft hat sich von der schwedischen Arbeiterklasse isoliert. Ein Teil der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in Kiruna sind zu den Streikenden übergelaufen. Für die Verhandlungsbasis existiert ein sog. Troika-Projekt — d. h. 2 Vertreter des Streikkomitees und ein örtlicher Gewerkschaftsfunktionär verhandeln mit Industrie bzw. Staat. Die Arbeiter argwöhnen allerdings, daß die Vertreter des Streikkomitees ausgebootet werden, indem man die Verhandlungen platzen läßt, um sie auf einer höheren Ebene, die die Arbeiter nicht kontrollieren können, fortzuführen. Inwieweit die Streiks organisiert sind, ist umstritten. Olaf Palme, Ministerpräsident, gen (Anteil am Profit der Erzför- der jüngst in den USA um gutes gruben Hauptgewinner ist.

Schweden, bislang klassisches | derung, im Rekordjahr 1969; 30 | Wetter für die vom US-Kapital we-Sozial "partnerschaft" Mill. Tonnen) Verbesserungen der gen der staatlichen Aufbauhilfe an und des Arbeits, friedens" unter der Führung einer reformistischen Par- rung lautet: die Arbeitsschutzbe- dischen Konzerne nachsuchte, spricht von einem "Notsignal einer spontanen Reaktion auf Mißstände, die Konsequenzen für die ganze schwedische Gesellschaft mit sich bringt". Er stellt den Arbeitern mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Betrieben in Aussicht. Die schwedischen Arbeiter werden wissen, was sie von solchem Geschwätz eines kapitalistischen Regenten, der zudem noch Muffensausen hat, zu halten haben. Der Führer der Neuen Volks-partei (bürgerliche Opposition)

Gunnar Helen erklärte dagegen, die "wilden" Streiks seien geplant worden. Um zu erfahren, wer bei den Streiks die führende Rolle spielt, muß man schon in die Süddeutsche Zeitung sehen: eine Gruppe linker Kommunisten habe bei Solidaritätsstreiks für die Grubenarbeiter in Kiruna im ganzen Land die Führung übernommen. Gemeint sind offenbar die Marxisten-Leninisten (KPS/ML). Nicht nur zwischen dem Streik der schwedischen und deutschen Arbeiter besteht eine Parallele, sondern auch zwischen dem deutschen und schwedischen Kapital bestehen durch Verträge enge Verbindungen. 60 Prozent des schwedischen Erzes werden an westdeutsche Hochöfen geliefert. Der Erzmangel der Hoesch AG macht sich langsam bemerkbar. Ihr Direktor Harders (vgl. BSZ Nr. 48) meinte dazu, daß die Vorräte nahezu aufgebraucht seien und ein Ausweichen auf andere Lieferquellen deshalb nicht möglich sei, weil die Bezugsmengen langfristig vertraglich festgesetzt werden (Hoesch erzeugt einen großen Teil seines Stahls in einem LDAC-Sauerstoffblasstahlwerk und deshalb auf die phosphorreichen Schwedenerze angewiesen).

Krupp und Thyssen behaupten. ihre Lage sei nicht angespannt, da sie andere Bezugsquellen haben: nur 30 Prozent ihres Bedarfs an Erz komme aus Schweden. Krupp wird seinen Bedarf wohl in Angola decken, wo die Kruppstiftung in der Ausbeutung der dortigen Erz-

## IGM: Ausschluß

Die Wochenzeitung des DGB Welt der Arbeit" (vom 23. 1.) meldet, daß der Vorstand der IG Metall beschlossen habe, "das Mitglied Benno Schütter... wegen gewerk-schaftsschädigenden Verhaltens aus der IG Metall auszuschließen. Die Mitglieder Heinrich Bär und Karl Zöllich... werden auf die Dauer von 3 Jahren von Versammlungen und Funktionen ausgeschlossen...

Im Mai 1969 hatten Bonno Schütter, Heinrich Bär und Karl Zöllich bei Betriebsratswahlen der Klöcknerhütte Bremen an der Spitze zweier Konkurrenzlisten gegen die mit Opportunisten besetzte offizielle IG-Metall-Liste kandi-diert und aufgrund ihrer bisheriklassenkämpferischen Linie die Mehrheit im Betrieb errungen.

Nicht nur die IG Metall, auch die DKP hatte den Kandidaten der Konkurrenzlisten (darunter ein Mitglied des ZK der DKP!) "antigewerkschaftliches" Verhalten unterstellt. In der bürgerlichen Presse waren sie wegen ihres im Widerspruch zur Gewerkschaftsbürokratie stehenden eindeutigen Klassenstandpunkts als "Maoisten" be-zeichnet worden. Obgleich Bonno Schütter wegen Teilnahme an Kampagnen gegen die Notstandsgesetze fristlos entlassen worden war und sein Einspruch noch nicht zur Wiedereinstellung geführt hatte, war er von dem neukonstituierten Betriebsrat in Abwesenheit zum Vorsitzenden gewählt worden.

Die Gewerkschaftsbürokratie hatte damals gegen 42 IG-Metaller Ausschlußverfahren eingeleitet. Während des Septemberstreiks bei Klöckner bildeten die Leute um Schütter, Bär und Zöllich die Streikleitung.

## Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen Spirituosen Lebensmittel Brot + Backwaren

Jrinkhalle Kotthoff (Mensaparkplatz) Im Ausschank: Coca Cola, Sprite eiskalt

## Die OAI-Mandarine und ihre Kulis

Das Ostasien-Institut der RUB ist stischen Denkens auf die moderne jetzt eine selbständige Abteilung geworden, und es ist an der Zeit, wurde. Für Hoffmann, der seine Konversationsblabla und befähigt es z. B. gilt, die verbrecherische geworden, und es ist an der Zeit, bestimmte Vorgänge und Praktiken an diesem "deutschen Zentrum der Orientalistik" (Uni-Führer 68) zu durchleuchten. Gegenwärtig lassen einige formale Zugeständnisse der Professoren am OAI den Studenten gegenüber das Verhältnis zwischen beiden Gruppen als erneuten Ausdruck eines familiären Vertrauensverhältnisses erscheinen. Dies verschleiert aber nur das Vorhandensein realer, tiefgreifender Wider-sprüche, die von jeher bestanden haben und die durch keine noch so "engen Kontakte zwischen Studenten und Professoren" (Wiethoff) aus der Welt geschafft werden können. Es muß jedem Studenten bewußt gemacht werden, daß die von Wiethoff für das OAI geleugnete "Entfremdung zwischen Studenten und Professoren" real existiert und den einzelnen früher oder später treffen muß. "Ost-asien", das nach dem Eigenverständnis der Ostasien-Profs "kein Wissenschaftbegriff" ist, ist diesem Institut die Bezeichnung für verschwommene Vorstellungen und für bewußt gestaltete Zerrbilder des modernen Ostasien. Gerade die jetzt von Grimm in loser und unsystematischer Weise geführte Diskussion über den Wissenschafts-begriff der Sinologie zeigt, daß diese "Wissenschaft" bisher über ein sehr negatives Anfangsstadium nicht hinausgelangt ist. Verschwommen sind die Vorstellungen, die den Studenten durch die Ostasien-Profs und ihre Lakaien vermittelt werden, aus konkreten Gründen. Vor allem ist es die historische Rückständigkeit sowie die fachliche Un-kenntnis dieser Ostasien-"Speziali-sten". Ihr China-Bild gewannen sie z. B. unter der Kuomintang-Herrschaft, als sie sich kindlich-naiv (wie Grimm) — umsorgt von chine-sischer Dienerschar — oder als Mitglied der NSDAP (wie Hoff-mann) in Peking tummeln konnten. Diese Herren betrachten das chinesische Volk, als hätte sich in den letzten vierzig Jahren chinesischer Geschichte nichts geändert. Sie plaudern von ihren jüngsten Forschungsreisen nach China und meinen damit, wie selbstverständlich, das US-Protektorat Taiwan. Das neue China existiert für die Ostasien-Profs nur insofern, als sich daraus unmittelbar Profit schla-gen läßt. So versuchte man sich in mehreren Mao-Übersetzungen, die sich bei einem Vergleich mit den in Peking erschienenen deutschen Texten als äußerst stümperhaft erweisen. Sollte etwa aus diesem Grund die deutsche Übersetzung der Werke Maos aus China im OAI nicht vorhanden sein? Überhaupt gibt man sich höchst modern, um bestimmte finanzielle Mittel, zum Teil auch amerikanischer Geldgeber (z. B. Ford Foundation), wei-ter fließen zu lassen. Tatsache ist aber, daß die Ostasien-Profs und ihre Lakaien für die Erforschung und Lehre der modernen asiatischen Entwicklung nicht qualifiziert sind. Ein neueres Beispiel hat der Ostasien-Politologe Weber-Schäfer mit seinem Seminar "Mao und die Deutschen" geliefert, wo ein Semester lang keine moderne chinesische Quelle eine Auswertung erlangte. Als weiterer Beweis dienen solch unsinnige Kolloquier

Tang- und Sung-Gedichte nach eigener Phantasie vorsingt, und Grimm, der sich gegenüber am modernen China Interessierten als Spezialist der Ming- und Ching-Zeit ausgibt, sich gegenüber Historikern aber als moderner Forscher gibt, sowie für andere Ostasien-"Experten", wie Wiethoff, ist die Sinologie nur ein Hobby: Das kann man auch gut verstehen, wenn man bedenkt, daß z. B. Hoffmann und Wiethoff durch Beteiligung an kapitalistischen Unternehmen finanziell unabhängig sind und in der Uni-Tätigkeit eine nette Nebenverdienstquelle sehen. Dies sind die ökonomischen Grundlagen, aus denen sich ein bestimmtes autoritäres Verhalten dieser Herren er-klären läßt. Dazu bestimmen mangelnde Sachkenntnis und das Feh-len methodologischer Kenntnisse objektiv die verschwommenen Vorstellungen der Bochumer Ostasien-Spezialisten. Exponierter und weitaus bösartiger sind die subjektiven Faktoren, die das China-Bild dieser Herren gestalten. Sie arbeiten nämlich bewußt daran, ein verzerrtes Bild des modernen Ostasien wiederzugeben. Dazu bedienen sie sich folgender Mechanismen:

#### Vorenthaltung von Informationen:

Zeitungen werden unter Verschluß gehalten und nicht zur Lektüre ausgelegt (so wurde der Gast-professor Gu von Hoffmann abgekanzelt, als er mal einen Blick in Themas abschätzt. Ein Ozean von

den Studenten nach zehn Semestern nicht, z. B. eine chinesische Tageszeitung zu lesen.

Für Studenten, die nicht schon nach wenigen Semestern geschei-tert sind und sich nach 16, 17 Seme-stern zu psychosomatischen Fällen entwickelt haben, ist es ein nicht mehr zu überbietender Zynismus, wenn es im Uni-Führer 68 heißt "Ein Student, der Fleiß und Ausdauer mitbringt, wird im Ostasien-Institut ein weites Arbeitsfeld mit vielfältigen Anregungen vorfinden. Zugute käme ihm die Gedächtniskraft konfuzianischer Gelehrter und die Zielstrebigkeit japanischer Mönche. Er wird auf die immens reiche Literatur Ostasiens, die gern mit einem Ozean verglichen wird, stoßen, und wenn er sich diesem Ozean einmal anvertraut hat, wird er auf eine abenteuerliche Reise gehen, die vielleicht ein Leben lang dauert." Ein Leben lang darf sich der mönchische Ostasien-Student mit Magengeschwüren und Neu-rosen herumschlagen, und schon mancher hat kläglich Schiffbruch erlitten auf dieser Ozeanreise. Es gibt kaum einen Studenten, der nicht schon sein zweites Disserta-tionsthema bearbeitete, weil sich das erste als nicht bearbeitbar herausgestellt hat. Wahllos und in nicht zu verantwortender Weise werden Themen vergeben, ohne daß der Doktor, vater" überhaupt die Möglichkeit des betreffenden

Asienpolitik des US-Imperialismus oder die China-feindliche, den Regimen in Süd-Korea, Taiwan usw. freundliche Haltung der Bundesrepublik zu untersuchen, zeigen die Ostasien-Profs keine Zuständigkeit an und weichen eventuellen Fragestellungen verschämt aus. Sie könnten dann ja nicht mehr - im Gegensatz zu anderen in Luxuskisten — nach Süd-Korea reisen (wie Herr Eikemeier). Ausgerechnet Herrn Grimm mußte es widerfahren, in Taiwan als Linker verdächtigt zu werden. Wer vom OAI mag wohl da in Taipeh geschwätzt haben? Die Verdummung der westdeutschen Bevölkerung hinsichtlich Ostasiens, die — vor allem von der Monopolpresse vorangetrieben nachweislich zu gefährlichen Märchenvorstellungen führt und die durch faschistische 007-Filme mit der suggerierten "Gelben" Gefahr der psychologischen Kriegsvorbe-reitung dient, wird eifrig auch von den Ostasien-Profs betrieben. Sie sind überhaupt nicht daran inter-essiert, die Öffentlichkeit über Ostasien aufzuklären, ihre Intention besteht vielmehr darin, dém Staat als Instrument des Monopolkapitals Gutachten anzubieten, und sie helfen bei Verhören von chinesischen Flüchtlingen. Eng damit hängt auch zusammen, daß man am OAI über-haupt nicht an ernsthafter Forschung interessiert ist. Qualifizierte Wissenschaftler, die ins OAI kommen, werden in ökonomischer Ab-hängigkeit und Unsicherheit gehal-ten und damit dem Zwang unterworfen, sich anzubiedern und keine eigene Meinung mehr zu haben. So wurde z.B. der international aner-kannte Historiker Weng mit nied-rigen Bibliothekshilfsdiensten betändig kleingehalten und von Hoffmann bedroht: "Ohne mich müssen Sie verhungern." Dementsprechend umgeben sich die OAI-Profs mit mittelmäßigen Kräften, die sich in Abhängigkeit halten las-sen (bei Hoffmann werden sie wie übrigens auch Studenten durch häufiges Anbrüllen zur Räson gebracht). Im übrigen wird der Öffentlichkeit gelegentlich, z. B. in Fernsehinterviews, produktive Arbeit vorgetäuscht. Da sind seit Jahren angeblich irgendwelche Projekte im Entstehen, und die Übersetzung der Worte des Vorsitzenden Mao soll lt. Grimm als "Neben-produkt" am OAI entstanden sein. Ein Hauptprodukt gibt es aber nicht. Was geschieht mit den Geldern, die für das OAI ausgegeben werden? Wenn es nach Lewin geht, trifft angeblich eine Kapazitäts-berechnung für das Institut nicht zu. Politisch ist jedoch eines klar: Durch die zunehmende Hinwendung an die USA und die Chiang-Kai-shek-Clique — für Wegmann "gibt es nur ein China: Taiwan" — hat das OAI bisher zur Verschlechterung der deutsch-chinesischen Beziehungen beigetragen: Welche Funktion unter diesen Umständen die jetzt in der Streikwoche gegründeten Arbeitsgruppen der



Prof. Hoffmann zeigt dem Kultusminister von Taiwan das OAI

Dokumente und Quellen aus der Volksrepublik China werden in Seminaren als "einseitig" und "unzuverlässig" abqualifiziert, wichtige Bücher und Publikationsorgane werden gar nicht erst angeschafft dafür kostspielige Kunstbände zu mehreren hundert Mark das Exemplar:

#### Lenkung des Informationsflusses:

Völlige Ausrichtung auf amerikanische Sekundärliteratur, Hinlen-ken der gesamten studentischen Grundausbildung auf Alt-China und auf Nebensächlichkeiten Dynastiengeschichte, Luftverkehrspolitik der Kuomintang und anderes mehr;

O Verunsicherung der Studenten: Studenten werden mit unwichti-gen Aufgaben, aus denen sich weder Fachkenntnisse noch Methoden er-werben lassen, überhäuft, durch gezielte, zusammenhanglose Fak- junger Studenten, an bestimmten Feudalverhältnisse an einem Bomitzsch) über die Einflüsse buddhi- | tologie wird bewußte Desorientie- | historischen und politischen Fragen | chumer Institut noch dulden?

die "Renmin Ribao" werfen wollte), | Berufsmöglichkeiten tut sich auch für den Studenten nach dem Exa-men auf, wenn er sich entweder der Gnade und Ungnade seines Profs ausliefern muß oder nur durch Beziehungen (wie wär's beim BND?) einen Beruf außerhalb der Universität ergattert. Was soll denn auch der Tang-Gedicht-Spezialist für einen konkreten Beruf ergreifen?

> Zu den obengenannten Verunsicherungen kommt noch, daß Außen-(Studenten anderer Fachrichtungen, Zuhörern von Vorträgen usw.) ein Hokuspokus mit Schriftzeichen und komisch klingenden Eigennamen vorgemacht wird, der eine bewußte Ablenkung und Einschüchterung bewirken soll. Dieses breit angelegte Repertoir von Manipulationen, Repressionen und Roßtäuschertricks dient nur Profs über formale Zugeständnisse einem Zweck: das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit, vor allem

> > dem schnellen technischen Fortschritt gerecht wird.

OAI-Studenten haben können,

bleibt offen. Es zeigt sich aber be-

reits ganz deutlich, daß die OAI-

nicht hinauszugehen gedenken. Wie

lange wollen die Studenten die

Der vorliegende Strukturplan ist aus diesen Gründen völlig unzu-reichend. Es ist abzusehen, daß den ständig steigenden Erforder-nissen in Lehre und Forschung unter diesen Umständen nicht Rechnung getragen werden kann. Wenn der Lehrbetrieb in Zukunft nach den Gegebenhei-ten des Strukturplanes ausgerichtet wird, ist eine qualitativ ausreichende Ausbildung der Studenten nicht gewährleistet. Die Assistentenschaft fordert

daher, daß die von der Abteilung unter Mitwirkung der Assistentenschaft für den Ausbau der Abteilung Elektrotechnik erarbeiteten Zahlen realisiert werden.

## Abt. E-Technik: Assistenten zum Strukturplan

wie das, wo (mit Kraus und Ham-

Der Senat der Ruhr-Universität hat in seiner Sitzung am 14. 7. 1969 einem Strukturplan der Ruhr-Universität Bochum

— Ausstattungs- und Entwicklungsplan — zugestimmt, der von der Senatskommission für Strukturfragen erarbeitet und von der Verwaltungskommission der Universität am 3. 7. 1969 beschlossen worden war.

Die Assistentenschaft hat diesen Strukturplan, soweit er die Ab-teilung Elektrotechnik betrifft, mit großer Enttäuschung zur Kenntnis genommen. Sie stellt fest, daß die im Februar unter Berücksichtigung des Studien-planes und der vorgesehenen Studentenzahl erarbeiteten Zahlen in keiner Weise berücksichtigt worden sind.

Die Assistentenschaft der Abteilung Elektrotechnik nimmt daher zu diesem Strukturplan wie folgt Stellung:

1. Schon in den Jahren 1966 und Schon in den Jahren 1900 inti 1967 empfahl der Wissen-schaftsrat 9,0 Hörer pro Stelle des wissenschaftlichen Personals. Demgegenüber weist der Strukturplan der Bochum Ruhr-Universität

für die Abteilung Elektroim Studienjahr technik 1974/75 eine um 32 Prozent höhere Zahl, nämlich 11,9 Hörer pro Stelle des wissenschaftlichen Personals aus.

Auch die von der Abteilung erarbeiteten Zahlen über nichtwissenschaftliche Personalstellen und Sachmittel werden im Strukturplan nicht berücksichtigt.

Besonders bedenklich ist es, daß der Stellenplan eigentlich keine Entwicklung für die nächsten fünf Jahre beinhaltet und daß die eingesetzte Ergänzungs- und Er-neuerungsrate für wissenschaftliche Forschungsgeräte nach abgeschlossener Auf-bauphase in keiner Weise

(Jugendstil, Aquarell, Expressionismus) ab Montag 10.00 Uhr in der Mensa zu verkaufen (50 % Rabatt)



KUNSTKALENDER





## Honnefer Modell 1970

#### 1. Bewilligungsbescheide

Die Bewilligungsbescheide sind für alle geförderten Studenten unter Vorbehalt lediglich für den Förderungszeitraum des ersten Quartals 1970 ausgestellt.

#### 2. Änderungsbescheide

Auf Grund der veränderten Förderungsrichtlinien 1970 werden im Augenblick die endgültigen Förderungsbeträge 1970 berechnet. Sie gelten rückwirkend ab Januar 1970 für den gesamten Förderungszeitraum des Jahres 1970. Der endgültige Jahresbescheid wird Anfang April 1970 zugestellt.

#### 3. Ausgleichszahlungen

Mit der Zahlung der Förderungsbeträge für April 1970 wird der Ausgleich für den Zeitraum des ersten Quartals durch Nachzahlung oder Rückforderung vorgenommen.

### 4. Förderungszeitraum

Die durchgehende Zahlung der Förderungsbeträge auch in den Semesterferien setzt ab April 1970 ein. Diese neue Regel gilt noch nicht für das Wintersemester 1969/70. Der Monat März 1970 gilt für die Studenten, die sich im 1. bis 3. Semester einschließlich befinden, als nicht geförderter Ferienmonat.

### 5. Informationen

Montags und donnerstags von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr in der

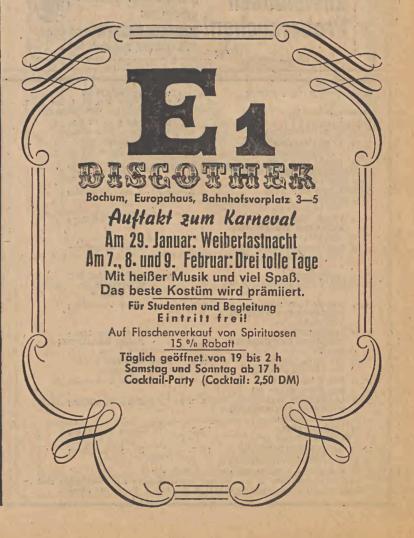


Zweigstelle **Hunr-Universitat** Lennershofstr. 70 Tel.: 511315



Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25



Der ÖTV

ins Gebetbuch

Ein Wort (eines Angehörigen des

öffentlichen Dienstes) an die Adresse ÖTV: Wenn man schon

eine starre Haltung einnimmt und

darum um Verständnis in der Öffentlichkeit werben muß, sollte

man die Dinge ins rechte Licht, und

nicht noch in das der Gegenseite

rücken. Es ist einfach nicht richtig,

stets von "dem Hundertmark-

schein" zu sprechen, den jeder An-

gehörige des öffentlichen Dienstes

ÖTV-Boß Kluncker erst jetzt wie-

der beschworen, schrumpft nach

Abzug der Steuern im Schnitt auf

80,— Mark und (bei den von der

OTV gerade vertretenen Arbeitern

und Angestellten) nach Abzug der

Sozialversicherungsabgaben auf

rund 65,- Mark. Das ist die geforderte Gehaltserhöhung; das Gerede

von 100,- Mark ist Augenwischerei

und schafft für die Forderungen,

die die OTV durchzusetzen hat, in

der Öffentlichkeit nur Unverständ-

Und weiter: Das Bundeswirt-

Bruttoeinkommens

12,5 Prozent und des Nettoeinkom-

mens von 10,5 Prozent. Der DGB

meint: brutto 12,5 Prozent, netto

11,1 Prozent (Quelle: Giesel-Brief

laut SZ vom 7. 1.). Der DGB schätzt

damit die Minderung des Einkom-

menszuwachses durch die staat-

lichen Abzüge geringer ein als der

Staat selbst; fürwahr ein Beispiel,

wie man eine Politik, die die Inter-

essen der Arbeitnehmer des öffent-

lichen Dienstes gegenüber der Ge-

samtgesellschaft vertreten soll, die-

(aus: Süddeutsche Zeitung vom

Dieter Koepke

ser gerade nicht verkaufen kann.

Dieser Hundertmarkschein, von

zusätzlich bekommen müsse

## Streiks in Abteilungen

Fortsetzung von Seite 1 Abt. XI:

In der Streikwoche täglich 10 bis 12 Uhr: Studienhilfe, 14 Uhr: FVV Daran anschließend tagen täglich folgende Arbeitsgruppen:

1. Produktivkraft Wissenschaft (Ausgangspunkt-Verflechtung wirtschaftlicher Interessen mit der Hochschulpolitik; Gesell-schaftsanalyse unter ökonomischen Gesichtspunkten, später: Übergang zu gesellschaftspolitischer und - wenn sinnvoll hochschulpolitischer Praeis). Institutspolitik (Ansatzpunkte:

Abteilungssatzung und Prüfungsordnungen).

Öffentlichkeitsarbeit (an Schulen, Kontakt zur Presse usw.).

4. Studienhilfe (Koordination des Streiks, Erarbeitung von Konzepten zur Durchführung längerfristiger politischer Arbeit).

Arbeitsgruppen: 1. Abteilungspolitik,

2. Prüfungen. 3. Numerus clausus.

Soweit nicht näher angegeben, Ort und Zeit bei der jeweiligen Fachschaft oder im Info-Zentrum

erfragen. Zentrale Veranstaltung: Heute, 16.00 Uhr, "Revolutionäre Befreiungsbewegung: Angola" (Film mit anschließender Diskussion).

zwischen IA- und IB-Gebäude zu

## Zukunft der Autoindustrie

der entscheidenden Branchen des modernen Kapitalismus, einen seiner Grundpfeiler dar. Im Unterschied zu Branchen wie etwa dem Bergbau oder der Textilindustrie, ja in gewissem Grade sogar der Stahlindustrie, besitzt die Auto-mobilbranche weiterhin eine der am stärksten steigenden Profitraten. Die beiden entscheidenden Gründe dafür sind ein langfristig stark expandierender Markt sowie eine langfristig stark gesteigerte Produktivität. Diese Produktivitätssteigerung beruht zum Teil auf immer weiterer Automation, zum größeren Teil jedoch auf zunehmender "Taylorisierung" (MTM-System usw.) der Fabrik, d. h. immer schlimmerer Anpeitschung der Arbeiter, um den relativen Mehrwert zu erhöhen.

Wegen der stark steigenden Profitrate hat die Automobilindustrie nicht mit Kapitalschwierigkeiten zu kämpfen: die Kapitalien strömen ihr freiwillig zu, was sich zum Beispiel in den durchschnittlich hohen Aktienkursen spiegelt. Gerade dar-in liegt jedoch der Grundwiderspruch dieser Branche: sie ist immer wieder versucht, ihre enorme Expansionsfähigkeit zu überschätzen und mittel- und langfristig Überkapazitäten aufzubauen. Der Grundwiderspruch drohender Überproduktion zeigt sich in zwei verschiedenen Widersprüchen: der eine liegt im periodischen Zyklus, der andere in der internationalen Kon-

Der Widerspruch des periodischen Zyklus wird also bei uns im folgenden Jahr in seine kritische Phase treten. Was speziell die Autoindustrie angeht, so hat die Preiserhöhungswelle bereits begonnen Sie war unvermeidlich, wie folgende

**Achtung, AUTOFAHRER!** 

Kfz-Werkstatt HEINZ DRZYMALLA
BOCHUM-LANGENDREER - Umminger Straße 22 - Telefon 28 05 26

Einladung zum Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen

Proberauchen! EXCLUSIV-TOBACCO

30. 1.

3. 2.

5. 2.

8. 2.

9. 2.

10. 2.

(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

senden an:

20% Rabatt für Uni-Angehörige auf Reparaturarbeiten

INSTITUT FUR KONTAKTLINSEN

lispher

kostenlosen

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

SCHAUSPIELHAUS 20,00 6. HAUPTKONZERT

20.00 6. HAUPTKONZERT

20.00 LEBEN UND TOD
RICHARDS DES ZWEITEN
von Shakespeare
20.00 LEBEN UND TOD
RICHARDS DES ZWEITEN

20.00 DER UNBESTECHLICHE

20.00 HOKUSPOKUS

20.00 MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)

20.00 MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)

20.00 HOKUSPOKUS

20.00 LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare

20.00 DER TROUBADOUR (G)

a. V. = geschlossene Vorstellung

LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN

LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN

LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN

Hans Schalla Telefon Nr. 370 15

Fakten zeigen: Zum ersten Januar 1970 erhöhen die Walzstahlkontore ihre Preise um 6,5 bis 8 Prozent. Stahl ist naturlich der bei weitem wichtigste Rohstoff für die Autobranche, die allein im Jahre 1969 4,6 Mill. Tonnen Walzstahl verbaute. Die wirklichen Erhöhungen sind zum Teil noch viel größer, da die monopolistischen Stahlkontore den Mindermengenaufpreis, der bisher bis zu 5 Tonnen gezahlt werden mußte, auf alle Bestellun-gen bis 25 t ausgedehnt haben. Die Lohnerhöhungen von 8 Prozent konnten zwar sicher durch Leistungssteigerungen wettgemacht werden, trotzdem ist auch der stei-gende Anteil an Überstunden nicht nur verheißungsvoll für das Kapital. Die Preise für Autos werden also nächstes Jahr weiter steigen, z. T. auch indirekt, z. B. durch ge-steigerte Ersatzteil- und Reparaturpreise. Das Stagnieren der Nachfrage ist also nur eine Frage der

Der zweite Widerspruch, der sich aus der internationalen Konkurrenz ergibt, ist jedoch viel ernster. Er ist gegenwärtig der Hauptwiderspruch für die Autobranche. Das liegt an der besonderen Struktur dieser Branche, die sich von vielen anderen unterscheidet, und zwar durch ihre anomal hohe Exportrate. So lag etwa die Exportrate von NSU 1968 bei 65 Prozent, bei VW lag sie im ersten Halbjahr 1968 bei 70, im ersten Halbjahr 1969 bei 68 Prozent. Insgesamt exportierte die BRD 1967 ,5 Mill. Autos von 2,5 Mill., d. 60 Prozent. 1968 waren es 1,9 Mill. von 3,1 Mill., d. h. ebenfalls ca. 60 Prozent. Im ersten Halbjahr 1969 schließlich 1,2 Mill. von 2,0 Mill., also ebenfalls 60 Prozent.

(wird fortgesetzt)

Kleinstlinsen

unsichtbar · unzerbrechlich

gratis. Diesen Gutschein

83 Landshut, Postfach 568 a

WOCHENSPIELPLAN

KAMMERSPIELE

von Bauer

Keine Vorstellung

20.00 CHANGE

4. 2. 20.00 MEIN NAME IST SPOFFORD

6. 2. 20.00 zum letzten Male: ALLES IM GARTEN von Albee

20.00 CHANGE

für die Zeit vom 29. 1. bis 11. 2. ANDERUNGEN VORBEHALTEN

# - Kasten S. 4.

Recherchieren: unnötig, das un-

wahrscheinlichste Gerücht ist das beste -

Angebot zur Aufklärung und Offenlegung aller Tatsachen: wird ignoriert - Gerücht wiederholen. ausschmücken und möglichst grob verallgemeinern -

Resultat: ein Artikel in der BSZ. Nach Ihrem Verfahren der Ver-allgemeinerung hätte es heißen müssen: die BSZ. Das ist jedenfalls der Eindruck, den man aus Ihrer haltlosen Polemik gegen Prof. Zerna gewinnen muß. Offensicht-lich ist es ihm ja gelungen, auch gesamten Ingenieurwelt Ihre Brücken in Brasilien und Fernsehtürme in Moskau vorzuenthalten.

Warum haben Sie sein Angebot

Agressionstriebe geeignet; es ist die übliche Methode, bekannt aus der Progrom-Hetze (sic!) und der Bild-Zeitung. Ihre Polemik auf Sie an-Schmeißt die 'BSZler' aus der Uni! Dipl.-Ing. Peter Gorny

im Institut für konstruktiven

Anm. der Red.: Wir werden auf das Angebot von Herrn Zerna (das er freilich der BSZ nicht machte) zurückkommen: allerdings scheint uns der Glaube an die besseren Argumente doch reichlich naiv. Als handle es sich bei der Austragung von Interessengegensätzen bloße Meinungsverschiedenheiten! Wir möchten bei dieser Gelegen-

er mit der Schändung des Grabes von Karl Marx nichts zu tun hat aufrechterhalten wird. — einen' 4spaltigen Bericht (incl. Bild), aus dem der unbedarfte Leser die Misere der Deutschen Burschen-

Selten wurde so deutlich, daß der Dachverband nichts mehr als eine Farce ist, daß die Satzung in wesentlichen Punkten längst nicht mehr dem Mehrheitswillen entspricht. Trotzdem gelang es wieder einmal einer kleinen radikalen Minderheit reaktionärer Burschenschafter, den Verband auf Vorder-

schaft entnehmen konnte.

mann zu bringen. Daß die Tendenz, Andersdenkende d. h. progressive Kräfte zu unterdrücken, manifest vorhanden ist, zeigt die mehrsemestrige Erfahrung nichtkorporierter Kommilitonen mit der PRAGER BUR-

SCHENSCHAFT ARMINIA zu Bochum, einem jener schlagenden "Trachtenvereine" (SPIEGEL), die für "Ehre, Freiheit, Vaterland" (selbstredend in den Grenzen von 1937) die Pflichtmensur aufrecht-erhalten wollen, wie sie in London

schaftsministerium prognostiziert für 1970 (gegenüber 1969) für unselbständig Tätige eine Zunahme kundtaten.

Ihr Domizil ist das Carl-Schurz-Haus an der Markstr. Nr. 190, das Studentenwohnheim der Deutschen Burschenschaft, das dem Zimmersuchenden "eine gute Wohn-atmosphäre" (Heimordnung) ver-spricht. Nicht jeder kommt schließlich in den Genuß, zu gemütlichem Geplauder bei Zigaretten und Bier eingeladen zu werden, und sei es auch nur so lange, bis seine Erklärung zum Nicht-Eintritt in die Verbindung endverbindlich ist. Dann kann er allerdings auch das Glück haben, auf eine ziemlich burschen-

freie Etage versetzt zu werden. Doch auch hier braucht er auf

Der SPIEGEL Nr. 3 vom 12. 1. 1970 geist nicht Verzicht zu leisten, da dessen Rechtsgültigkeit die aufrecht sudetendeutschen Alten Herren betag in London — wir hoffen, daß sich — Abhören von Telefongesprächen der Kontakt zu ihm

O junge Burschenherrlichkeit . . .

Freundschaftliche Gesten zeigen auch alkoholisierte PBA-Gäste wie der, der unter das hakenkreuzverzierte Revers griff, eine Pistole (geladen und entsichert!) aus dem Halfter zog und vor Bursch- und APO-Nase damit herumfuchtelte, wobei seine "heil"voll erhobene Hand sein Traditionsbewußtsein noch unterstrich.

Solch "bedauerlicher" Vorfall findet natürlich nicht die Zustimmung der Waffenbrüder, die ihre Aggressionen lieber in markigen Worten an den Mann bringen, seit "der Hieber, der sich fürchterlich in seiner Seite wiegt" (Kommersbuch) nur noch unter Freunden verwendet wird. So begnügen sie sich mit dem Versprechen, ihrem Gast (lat.: hostis) "eins (was nur?) zwischen die Zähne zu setzen", oder wollen ihm "den Schädel spalten". oder begnügen sich in ihrer volksnahen humorigen Weise damit, ihre gefühlsbetonte Saite aufzu-ziehen, indem sie ihren potentiellen Gegner (besagten Untermieter) mit wassergefüllten Parisern von der oberen Etage aus bombardieren.

Heimordnung postuliert Gleichheit und Gemeinschaftsgeist": so wird die "Gleichheit" (der Hausfassade) gestört, wenn sich jemand ein Silberpapierkreuz ins Fenster hängt. Durch Kündigungsankündigung wird sie wieder hergestellt.

Den "Gemeinschaftsgeist" kann man auf einer politischen Diskus-sion zum Spu(c)ken bringen, wenn man z. B., als Gast (ohne Stimmrecht, s. o.) auf einem Burschen-schaftsabend sich dazu verleiten läßt, das Münchner Abkommen der den wohlgepflegten Gemeinschafts- Herren Hitler, Chamberlain & Co., sein Vaterland.

schwören und der die Activitas applaudieren soll, in Frage stellt. Wer solches sich herausnimmt, ist beim nächsten Mal "unerwünscht". Zur bereits demonstrierten "guten Wohnatmosphäre" trägt die PBA noch durch Absingen der Hymne des Herrn von Fallersleben (natürlich alle drei Strophen) bei. Da die dagegen intonierte "Internationale" gottlob auf Unverstand stieß, sollte der Wechsel auf das traute "O alte Burschenherrlichkeit" den Geist dieser Gemeinschaft herbeizitieren. Dem "Charakterschwein", welches ihn so gröblich mißachtet hatte, wurde ein Abfalleimer vor die mit "Dresden" etikettierte Tür gekippt.

Alldies waren selbstverständlich nur "bedauerliche Vorfälle", von allzu linientreuen Burschen verübt.
Gemeinschaften wie die PBA erfüllen im Sinne des westdeutschen Staates eine Erziehungsfunktion, die sich harmonisch an die von Elternhaus, Kirche und Schule an-schließt: sie sind daher bundesmittel-förderungswürdig, so wurde auch besagtes Heim durch Steuergelder mitfinanziert, weshalb es sich auch Nichtburschen so gastlich öffnet. Daß zwischen Burschen-schaftsideologie und SPD-Politik keine Diskrepanz besteht, das bezeugt die Zugehörigkeit manches Burschen zur SPD.

Bisher noch ungeklärt ist, warum angesichts der anheimelnden Atmosphäre der RUB (Atomisierung), die immerhin im letzten Halbjahr 3 Selbstmorde aufweisen kann, im Vergleich zum übrigen Westdeutschland so wenig Burschen produziert werden. Diese subkulturelle Männergesellschaft kennt ihre Damen nur als private Anhängsel (Corona); was dem einen sein Haschisch, ist dem anderen

KUNST

BÜCHER

SCHEUNE

TRIUMPH - tippa

Kleinschreibmaschine

mit Garantie DM 149,-

Werksvertretung:

Hoffmann & Co.

Bochum - Viktoriastraße 71

Ruf: 13021/22

Jeden Dienstag machen die

Rote Garde und marxistisch-

Ieninistische Studenten einen

Bücherstand in der Mensa.

Mao Tse-tung-Werke

Revolutionärer Weg

Roter Morgen

Gute Gelegenheit

Wilhelm Reich, Kritik der bürger-

lichen Sexualreform (Geschlechts-reife, Enthaltsamkeit, Ehemoral) bisher 4 DM, jetzt 3,00 DM

Wilhelm Reich, Dialektischer Ma-

terialismus und Psychoanalyse,

jetzt wieder unbeschränkt erhält-

Karl Korsch, Was ist Sozialisie-

Außerdem: ROTE PRESSE-KOR-RESPONDENZ, SDS — INFO etc.

Außerdem Bücher von und über Che, Ho, Giap, Black Panther, Nordirland etc.

Kauft am Stand der Sozialistischen

Arbeiter-, Lehrlings- und Schüler-gruppen in der Mensa!

Täglich zwischen 11,45 bis 14 Uhr.

1,00 DM

im Bücherstand

in der Mensa:

RAUBDRUCKE NEU:

ieweils neu.

+ MWST.

## **BSZ-Leser** schreiben

Betr.: Stellungnahme zu BSZ Nr. 55 | zur Kenntnis zu geben, daß wir vor

Dementi der Betroffenen und

im UP, sich im Institut von den tatsächlichen Gegebenheiten der Forschungsprojekte und ihrer Finanzierung zu überzeugen, nicht angenommen? Meinungsverschiedenheiten kann man mit Professoren auch auf sachliche Art ausfechten, das habe ich mit Prof. Zerna oft genug getan. Bisher haben dabei immer noch die besseren Argumente zum Erfolg ge-

Dagegen ist Ihr Verfahren der pauschalen Diabolisierung des Gegners nur zur Weckung niedrigster gewendet, mit Ihren Worten, würde lauten: ,Was haben solche, Journalisten' an der RUB zu suchen?

Ingenieurbau RUB"

"Bochum, den 19. 1. 70 | heit nicht versäumen, den Lesern | nicht allzu langer Zeit mit Herrn Faillard, Rektor der RUB, ein Interview über Auftragsforschung und die Verantwortung des Rektors dabei hatten: wir haben es nicht veröffentlicht, weil der Rektor auf jede von uns konkret gestellte Frage die äußerst sachliche Antwort abgab: "Dazu kann ich leider nichts sagen."

"Bochum, 21. 1. 70

Sehr geehrte Herren, in der BSZ Nr. 55 vom 15. 1. 1970 haben Sie meinen Artikel "Hoch-schulgesetz — Spiegel der Vergangenheit' unter der Überschrift 'Der Vorstand der Assistentenschaft' abgedruckt. Ich bitte Sie, in der nächsten Ausgabe der BSZ richtigzustellen, daß der Aufsatz nicht vom Vorstand der Assistentenschaft, sondern allein von mir stammt. Mit freundlichen Grüßen

Günter Dannhauer."

Anm. der Red.: G. D. ist ein Mit-glied des Vorstands, nicht der gesamte Vorstand.

Weitere Korrektur: Wir berichteten in Nr. 53, daß sich bei der Buchhandlung Brockmeyer ein Betriebsrat gebildet habe, der die Interessen des Arbeitgebers verträte. Damals handelte es sich je-doch lediglich um einen Wahlausschuß zur Vorbereitung der Be-triebsratswahl, die laut BVG erst 6 Wochen nach Nominierung der Kandidaten stattfinden konnte. Mittlerweile ist das geschehen und in der Tat wurde der 5köpfige Betriebsrat — vielleicht mit einer Ausnahme — so konstituiert, wie es die BSZ damals vorhergesehen hatte. Die Störelemente gehörten ja auch nicht mehr zur Belegschaft.

"Betr.: BSZ 55 ,Wer forscht für

In Ihrem Artikel heißt es: ,In seiner Stellungnahme zum UP-Vorschlag lehnte der Senat die Forderung des UP mit der Begründung ab, die vom UP geforderte Kontrolle mache es unmöglich, Drittmittel für Forschungsprojekte zu erhalten.

Was haben Sie dieser Argumen-

## Die Redaktion antwortet

tation entgegenzusetzen? Ist nicht zu befürchten, daß die Industrie eine Gegenuniversität gründet, die in ihrer Qualität - schon allein aus finanziellen Gründen - der RUB bedeutend überlegen sein Uni um die Mitbestimmung bestellt sein wird, kann man sich leicht vorstellen.

Mit der Bitte um Ihre Stellung-Manfred Kaiser

Anm. der Red.: Allerdings be-stehen in der Großbourgeoisie bereits seit längerem Pläne zum Aufbau eigener Universitäten. So konnte man Mitte letzten Jahres dem Industriekurier entnehmen daß die Industrie eine Krupp-Uni in Essen plane.

Entweder leisten die bestehenden Universitäten das, was die Industriellen wollen, was nur möglich ist, wenn sie deren Ansprüchen angepaßt werden (HSG, Ordnungsrecht usw.), oder aber die Industrie wird in der Tat - womöglich noch versitäten bauen, wie es z. B. Stephan Leibfried, "Die angepaßte Universität" (Suhrkamp-Taschenbuch) vor 2 Jahren prognostizierte.

## Achtung! Gelegenheit! KLAVIERE

hochwertige Markenfabrikate zu Einführungspreisen Direktimporte aus Polen Auskunft: PIANO ROMADU Telefon: Bochum 45018

## Vorteil für alle: DDR anerkennen!

Deutsche Friedens-Union Bitte Informationsmaterial anfordern bei Landesgeschäftsstelle der DFU, 43 Essen, Rüttenscheider Str. 127

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel RITTER

435 Recklinghausen, Martinistraße 11 gegenüber Hauptbahnhof Telefon: 2 35 57

ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

im Sozialismus?

DM 5.50

## Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, SHB; C. Holtgreve, HSU; S. Sip-pel, SDS; M. Starostik, SHB) Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte, Jörg Reimann, Hamid Sadix Salman

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität) Auflage: 8000 Exemplare Zeichnungen: Krisch

Zeichnungen: Krisch
Anzeigenleitung: W. Vogelsang, H. Salman
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum,
Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum,
Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Von der Unfähigkeit der Parteien:

1 Meynaud: Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland

DM 5.50 160 Seiten. Im Abo.: 1DM weniger Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6 Rotbücher

Keine »Tragödie« -geplanter Mord: 6 Antonello u.a.:

Nigeria gegen Biafra?

DM 5.50

Markt und Profit

11 Bettelheim u.a.: Zur Kritik der Sowietökonomie

160 Seiten, Im Abo.: 1 DM weniger Rotbücher